

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Wettamzeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis
monatlich 80 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 6.

Donnerstag, den 16. Januar

1919.

Politisches.

Der Bürgerkrieg in Berlin.

Vor der Entscheidung.

Berlin, 10. Jan. (B. B.) Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: „Die Lage ist für die Regierung äußerst günstig. Größere Unternehmungen fanden heute nicht statt; es kam nur zu vereinzelten Schießereien. Von den Regierungstruppen sind bisher keine Verluste gemeldet worden. Am den Besitz des Rosse-Hauses wurde heute früh und heute mittag gekämpft, jedoch wurde von den Truppen nur ein mäßiges Gewehrfeuer auf das Haus abgegeben. Die „Liberalen Correspondenz“ wurde von Spartakiden besetzt und am Erscheinen verhindert. Die Büros der Demokratischen Partei in der Zimmerstraße und in der Cöthenerstraße wurden von den Spartakiden aufgehoben. In Spandau haben die Regierungstruppen heute einen großen Erfolg gehabt: Sie haben das Rathaus genommen. Ferner konnten sie die gesamten Artilleriewerkstätten und die Gewehrfabrik nehmen. Bei diesen Unternehmungen wurden die beiden Führer der Spartakiden tödlich verwundet. Die Stimmung ist sehr zuversichtlich. Man hofft in allernächster Zeit die Lage zu klären.“

Die Wiedereroberung des „Vorwärts“.

Berlin, 10. Jan. Der „Vorwärts“ ist heute morgen nach fünfständigem Kampf von den Regierungstruppen genommen worden. Der Kampf begann um 5 Uhr, indem zunächst das Halle'sche Tor von den Spartakiden gesäubert wurde. Sodann wurden schwere Minenwerfer aufgestellt und die Dächer der Nachbarhäuser mit Maschinengewehren besetzt. Die Kannonade zog sich bis gegen 10 Uhr hin. Es wurden ungefähr 15 Minen in das Gebäude hineingeschossen. Gegen 9¼ Uhr wurden die ersten Gefangenen herausgebracht, darunter vier Russen. Gegen 10½ Uhr war das Gebäude vollkommen sturmreif, so daß unter Führung von Oberst Reinhardt die Truppen in die Lindenstraße einziehen konnten, nachdem sie dieselbe vorher mit Handgranaten gesäubert hatten. Nach Aussage der ersten Gefangenen sollen sich in dem Hause 800 Männer und Frauen befunden haben, die sich scharenweise ergaben. 300—400 Leute sind bereits abgeführt.

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Nun schnell, schnell, waschen Sie das Geschirr ab“, rief die Frau und suchte ihre angebrannte Kartoffelsuppe so gut als möglich wieder in Ordnung zu bringen. Als der Hausherr heim kam, ein breitschultriger, bieder Mann mit strohblondem Haar und Bart, steckte er erst den Kopf zur Küchentür herein und sagte schnuppernd: „Ach, wieder mal die Suppe angebrannt, da hab ich schon meine Freude daran!“

Doch als er Maria erblickte, zeigte er ein breites, behagliches Grinsen, trat vollends ein und versuchte, das Mädchen unterm Kinn zu fassen. Ehe Maria sich dagegen wehren konnte, sprang schon seine Frau herzu und schlug ihm dert auf die Hand. Er lachte laut auf und schnalzte mit der Zunge.

„Ein recht appetitliches Käsechen hast Du Dir da zugelegt“, sagte er, ohne seine Frau zu beachten, die lauernd jede seiner Bewegungen verfolgte. „Schade nur, daß ich schon versehen bin, das wäre etwas für meines Vaters Sohn! Sehr schade!“

Er lachte laut auf über seine eigenen Worte und flog dann vor dem Kochlöffel, den seine Frau drohend schwang.

Nach dem Essen, das fast ungenießbar war, machte sich der Hausherr zum Ausgehen fertig. „Was, Du willst schon wieder fort? Und Du

Die Stimmung des Publikums war so, so daß das Schlimmste für diese Leute befürchtet werden mußte. Die erfolgreichen Angreifer wandten sich sodann dem Verlagshause Bürgenstein in der südlichen Wilhelmstraße zu, um es gleichfalls zu entsetzen.

Die letzte Phase des Kampfes?

Berlin, 11. Jan. Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in letzter Zeit einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schlesische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampfe mit Maschinengewehrfeuer und Geschützen zurückerobert worden. Mehrere hundert tote Spartakisten, fast alle mit Bauchschüssen, liegen im Bahnhofsgelände. Die Straße unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es wurden mehrfach Stielfeuergeräte aufgestellt, mutmaßlich, um über das Schloß hinweg das Polizeipräsidium zu beschießen. Stundenlange Kämpfe hat es im Zeitungsviertel in der Jerusalemstraße gegeben. Hier hat es am Freitag 80 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt. Für heute ist die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und des Standrechts über Berlin zu erwarten. Damit dürften die Kämpfe in die letzten Phasen eintreten.

Der Einmarsch der Regierungstruppen.

Berlin, 11. Jan. Samstag abend gegen 5 Uhr rückten in mehr als einstündigem Vorbeimarsch starke Truppen Artillerie und Infanterie in die westlichen Vororte ein. Die Truppen sangen vaterländische Lieder, führten schwarzweiße Fahnen. Es waren Truppen mit Disziplin unter Leitung ihrer Offiziere, die ihre Abzeichen trugen, welche von ihren Mannschaften begrüßt werden, die den „Vorwärts“ gestürmt haben und damit Bresche legen in die bolschewistische Prechtlosigkeit. Truppen mit Disziplin haben an allen wichtigen Punkten Berlins die Wachen an Stelle der unzuverlässigen Sicherheitswehr übernommen. Die bezahlten Spartakuswerber können diesen Truppen nichts mehr anhaben; wo sie sich zeigen, werden sie verprügelt und verhaftet. Daß die Regierung noch weitere Truppen mit strenger Disziplin hinter sich hat, bewies heute mittag ein Umzug der Garde-Kavallerie-Schützendivision, die unter starker Artillerie, mit Maschinengewehren, Minen- und

glaubt, daß ich jeden Abend allein zu Hause bleibe?“ kniffte die Frau.

Er lachte nur.

„Hättest Du mir etwas ordentliches vorgezeigt, so wäre ich heute zu Hause geblieben. Aber nach solchem Essen bekommt man Hunger, darum muß ich leben, daß ich anderswo besser speise als bei Dir!“

„Nein, das ist zu arg“, schalt die Frau dagegen, „wenn man alles allein tun soll, wie kann man da fertig werden! Das Mädchen kam so spät!“

Im Hinausgehen trat er vorsichtig, sich nach allen Seiten umsehend, zu Maria, die in der Küche ihr Abendessen einnahm.

„Na, lachte er, wie heißen Sie denn?“

Als Maria nicht sogleich Antwort gab, fuhr er grinsend fort: „Sind ein hübsches Mädchen, hübsche Mädchen mag ich leiden. Wenn Ihnen etwas nicht paßt, sagen Sie es mir, ich werde dann schon Abhilfe schaffen!“

Damit ging er pfeifend davon.

Frau Gehring besand sich am ganzen Abend in sehr gereizter Stimmung. Sie schalt über ihren Mann, über die Kinder, über die viele Arbeit. Nichts war ihr recht. Maria wollte fast vergehen vor Heimweh.

Als sie spät abends totmüde ihre Kammer aufsuchte, sank sie weinend neben ihrem Lager in die Knie. Daß sie hier nicht bleiben würde, stand bei ihr fest, aber sie war sehr verzagt und kleinmütig geworden. Voll Angst dachte sie daran, wohin ihr Schicksal sie nun führen würde. Sie wagte kaum, das Bett, das nicht einmal frisch be-

flammenwerfern aus ihrem Standort Dahlem nach Berlin einrückte und vor der Reichskanzlei vorbeifilzte. Nichts kennzeichnete die durch die letzten Ereignisse wieder gehobene und hoffnungsreiche Stimmung der Berliner Bevölkerung so wie der jubelnde Empfang, der diesen Truppen bereitet wurde. Vor der Reichskanzlei hielt der Volksbeauftragte Ebert eine Rede an die Division, in der er unter Worten herzlichsten Dankes an die Truppen als ihre Aufgaben den Schutz der Freiheit für die Person, das Eigentum und die Meinung, das heißt für die Presse, bezeichnete. Ihre Hauptpflicht sei zunächst, die Wahlen zur Nationalversammlung und dann diese selbst zu schützen. Ohne Rechtsgrundlage gebe es keinen Staat. Das wolle aber eine kleine Minderheit nicht anerkennen, die Gewalt vor Recht setze. Dagegen müsse sich jetzt das Volk wehren. Ebert, der lebhaften Widerhall fand, schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Liebknecht.

Berlin, 11. Jan. Liebknecht, der zu Anfang der Woche die Straße beherrschte, ist gänzlich verstummt. Seine Familie hat er in die Schweiz geschickt; er selbst hält sich versteckt, weil es ernst wird. Die von ihm Verführten aber zahlen seine Schuld unter den Augen der Regierungstreuen. — Ledebour wurde nachts 12 Uhr in seiner Wohnung verhaftet.

Berlin, 12. Jan. Wie die Blätter melden, steht der Sieg der Regierung nahe bevor. Liebknecht und Eickhorn seien geflohen.

Die Spartakiden in Spandau.

Spandau, 10. Jan. Gestern abend drangen 15 schwer bewaffnete Spartakusleute mit vorgehaltener Waffe in die Geschäftsräume der „Spandauer Zeitung“ ein und besetzten Redaktion und Druckerei. Das Personal wurde zum Verlassen des Gebäudes gezwungen. Der Protest des Besitzers beim Arbeiter- und Soldatenrat war erfolglos.

Eisner gegen den Bruderkrieg.

München, 9. Jan. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner sandte folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin: „Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bruderkrieg in Berlin. Das muß ein-

zogen war, zu berühren. So saß sie stundenlang auf dem einzigen Stuhl, die Hände im Schoß gefaltet und starrte in die trübe brennende Flamme des kleinen Lämpchens, das auf dem Fensterbrett stand. Ein Krösteln durchrieselte sie. Schließlich legte sie sich angekleidet auf das Lager. Aber es kam kein Schlaf in ihre Augen.

Wie traurig hatte sich doch ihr Los gestaltet! Nur für ein paar Stunden wünschte sie sich in ihr trauriges Zimmer zu Hause zurück, in ihr weiches, molliges Lager mit den sauberen, schneeweißen Kissen; und an der Wand der Mutter Bild, deren gute schöne Augen so freundlich, wie schützend und schirmend auf sie hernieder schauten.

Plötzlich packte die Einsame solche Sehnsucht nach diesem Bilde, nach dem lieben Gesicht, daß sie sich erhob und das Lämpchen, welches noch brannte, ergriff, um das Bild aus ihrem Koffer hervorzufischen. Leise schlich sie sich zu der Kammer und öffnete behutsam die Tür, die nur angelehnt war. Sie horchte eine Weile. Sie hörte das kleine Kind schreien. Es gellte förmlich durch die tiefe Stille. Dann wurde ein Schlüssel in die Flurtür gesteckt, leise umgedreht und ebenso wieder herausgezogen. Da huschte etwas über ihren Fuß. — Eine Maus! — Maria vergaß alle Vorsicht, sie stieß einen lauten Schrei aus, das Lämpchen entfiel ihrer Hand und zerbrach klirrend am Boden, während sie in der tiefsten Finsternis zurückblieb. Zitternd tastete sie sich an der Wand entlang, sie suchte rasch ihr Kammerchen zu erreichen, es gelang ihr aber nicht. Da tauchte ein flackerndes Licht auf. Herr Gehring noch in Hut und Paletot, ein Wachs-

Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde geben soll. Das Beispiel Berlins wirkt überall zerrüttend und erzeugt eine Massenemigration des Wahnsinns. Eine von dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution die Demokratie und den Sozialismus bis zum Ende durchzuführen, scheint die einzige Rettung. Überall im Süden steigt der Zorn gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Brudermord schreiten.

Bedenkliche Elemente.

Aus allen Teilen des Deutschen Reiches strömen dunkle Elemente nach Berlin, um die Aufregung der Berliner Bevölkerung wahrzunehmen, um zu rauben und zu plündern. Besonders aus Rheinland und Westfalen hat Berlin unerwünschte Gäste erhalten. Spartakus würde ihnen, so wird dort unter den Arbeitslosen angegeben, bei höheren Löhnen und freier Verpflegung in den sozialisierten Betrieben Arbeit verschaffen können; eine Reiseentschädigung von 75 Mark solle jeder einzelne bei der Ankunft in Berlin erhalten. Daraufhin haben sich in Hannover 2000 Personen ohne Fahrkarten eines Zuges bemächtigt und erzwangen unter Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zum Spartakusbund die Abfahrt. Über den Verbleib dieses Zuges, der nach Berlin bestimmt war, ist bisher nichts bekannt geworden.

Die Lage in der Ostmark.

Ein Protest der Deutschen demokratischen Partei. Die Deutsche demokratische Partei veröffentlicht folgenden Protest: „Wir protestieren auf das schärfste gegen die schwächliche und beschämende Haltung der Regierung in der Frage des Schutzes der Ostmarken. Das rechtzeitige Einsetzen unserer Nachmittage hätte uns die Schmach erspart, unsere Ostgrenzen von schwachen polnischen Aufrehrerbanden überrannt zu sehen. So sind wertvolle Reichsinteressen kampflös preisgegeben, so ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Grundlage des Waffenstillstandes, ohne tatkräftigen Widerstand der Reichsregierung in sein Gegenteil verkehrt worden. Deutsches Blut ist ungesühnt durch feige Meuchelmörder vergossen worden. Wir fordern, daß die Regierung mit größter Energie alle Mittel aufwendet, um dieses neue schwere Unglück von unserem Vaterlande fernzuhalten. Wir stellen uns hinter unsere deutschen Brüder. Noch sind unsere Ostmarken nicht verloren.“

Ein Gewaltakt der Polen.

Wie aus Posen unter polnischer Zensur mitgeteilt wird, ist am Donnerstag durch den Obersten des polnischen Volksrats der Anschluß Posens an die polnische Regierung proklamiert worden. Dieser Volksrat hat das Amt des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem Rechtsanwalt v. Trautzschkowski übertragen und über die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Uebernahme der höheren Behörden sowie über die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln besondere Anordnungen in Aussicht gestellt. Der Volksrat Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien betont dieser Meldung gegenüber, daß die Provinz Posen nach wie vor einen Bestandteil des Deutschen Reiches bilde, daß mit Einverständnis der preußischen Regierung in Berlin der Oberpräsident der Provinz Schlesien bis zur endgültigen Regelung zugleich als Oberpräsident für die Provinz Posen zu gelten hat und daß der Regierungspräsident in Breslau den Regierungsbezirk Posen mit verwaltet. Zur Durchführung dieser Aufgabe wird der schlesische Regierungssitz das Freiwilligenregiment zur Verfügung gestellt.

terzchen hoch haltend, stand vor ihr und betrachtete sie lachend. Eine Tür wurde heftig zugeschlagen, gleich darauf erschien auch die Hausfrau, nur notdürftig bekleidet und schaute mit finster drohendem Gesicht auf die sonderbare Gruppe.

„Ja, was machen Sie denn da in der Dunkelheit?“ rief die Frau das an allen Gliedern bebende Mädchen an, mißtrauisch von einem zum andern blickend. Der Mann, der soeben erst heimgekommen, schien nicht mehr ganz nüchtern zu sein, er lachte noch immer. Maria fand kein Wort der Entschuldigung.

„Also, was Sie hier machen um zwei Uhr in der Nacht, will ich wissen!“ herrschte die Frau wieder. „Weshalb haben Sie so geschrien?“

„Eine — Maus!“ presste Maria angstvoll hervor.

Die Frau lachte verächtlich.

„Na, bei Ihnen, scheint es, muß man sehr auf der Hut sein!“

Maria schlüpfte ohne ein weiteres Wort in ihre Kammer zurück. Zitternd warf sie sich auf das Lager. Lange Zeit lag sie mit offenen Augen da. Sie hatte nur den einen Wunsch, so bald als möglich wieder fort zu kommen aus diesem Hause. Allerlei Bilder schwebten durch ihren Sinn. Sie dachte an den Abend, den sie im Hause des Kommerzienrat Held verlebte und wie sie mit dem Assessor getanzt hatte. Welch ein Unterschied zwischen damals und heute! Wenn der Assessor

Zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 10. Jan. In der Sitzung vom 10. Januar der Waffenstillstandskommission überreichte General v. Winterfeldt dem französischen General Nudant eine Note, wonach die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 15. Januar, vormittags, in Trier stattfinden können, vorausgesetzt, daß die deutschen Bevollmächtigten und ihr gesamtes Hilspersonal während des Trierer Aufenthaltes völlige persönliche Freiheit, ferner Telegraph-, Telefon- und Chiffrierfreiheit genießen.

Die deutsche Friedensdelegation.

Die deutsche Delegation, die sich zu den in wenigen Tagen beginnenden Friedensverhandlungen nach Paris begeben wird, besteht aus 200 Herren, die in der deutschen Botschaft Wohnung nehmen werden. Als Führer der Delegation wird Fürst Lichnowsky genannt. Ferner befinden sich bei der Delegation mehrere hervorragende Vertreter der deutschen Industrie, des Handels und der Finanz, ehemalige Minister und Staatssekretäre.

England zieht seine Truppen aus Rußland zurück.

Saag, 8. Jan. Die Exchange Agentur meldet, daß die 20 000 Mann starke englische Besatzung aus Rußland zurückgezogen werden solle.

Wählt am Sonntag

Liste

Suppe

Frankfurt a. M.

Deutsche demokratische Partei.

Die Opfer der Blockade.

In einer Versammlung der Berliner Ärzteschaft wurde von den bekannten ärztlichen Autoritäten Deutschlands auf Grund genauer statistischer Berechnungen die Zahl der Todesfälle unter der Zivilbevölkerung, die auf Rechnung der Blockade zu setzen sind, für ganz Deutschland auf 763 000 geschätzt. Die Opfer der Grippe befinden sich nicht in dieser Zahl. Für das Jahr 1917 schätzte man die Zahl auf 260 000 und für 1918 auf 294 000. Unter den Toten zählt man über 50 000 Kinder von 1 bis 15 Jahren, ferner 127 000 Männer und Frauen im Alter von über 60 Jahren. Der Bericht sagt, daß die Schädigung der Volksgeundheit in absehbarer Zeit nicht wieder gut zu machen ist.

Die Bauern

für die Deutsche demokratische Partei.

Der Deutsche Bauernbund unter Führung des früheren linksnationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme ist geschlossen der Deutschen demokratischen Partei beigetreten und fordert seine Mitglieder auf, die Listen der demokratischen Partei zu wählen.

Zur Sozialisierung des Bergbaues.

Essen, 10. Jan. Der Arbeiter- und Soldatenrat Essen, in dem Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten zusammen arbeiten, beschloß einstimmig die Besetzung des Kohlen-Syndikats und des Bergbaulichen Vereins. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die so-

sie jetzt sehen könnte! Und die schöne Berta Manders! Es war dem Bemühen der schönen Berta bis jetzt noch immer nicht geglückt, den Assessor einzufangen, obwohl sie bei allen Gesellschaften schier unzertrennlich von ihm war, wie Mar erzählte. Man fing bereits an, über sie zu spötteln, weil sie sich nicht die geringste Mühe gab, ihre Gefühle zu verbergen. Aber die Verlobung sollte nahe bevorstehen. Endlich gegen Morgen mußte Maria eingeschlafen sein, denn sie fuhr heftig erschrocken empor, als sehr energisch an ihre Türe geklopft wurde und eine harte, befehlende Stimme rief: „Stehen Sie doch auf, Sie saule Person! Was man für Aerger mit den Mädchen hat, ist gar nicht zu sagen!“

Maria sah wiederum den ganzen Tag nur verdrossene, zuwider Gesicht. Kein einziges freundliches Wort gab es in diesem Hause.

Als sie am Nachmittag die Küche in Ordnung gebracht hatte, bat sie die Frau, sie auf eine Stunde zu beurlauben. Doch diese lachte grob: „So, so — am zweiten Tage wollen Sie schon ausgehen? Das gibt's bei mir nicht! Alle vierzehn Tage haben Sie Ausgang, richten Sie sich darnach! Das könnte mir passen, Sie bleiben da! Wohin wollen Sie denn eigentlich?“

Maria gab keine Antwort. Sie konnte doch unmöglich sagen, daß sie eine andere Stelle suche. (Fortsetzung folgt.)

fortige Kontrolle der Bergwerksindustrie für notwendig zur Beruhigung der Bergarbeiterschaft, da keine Aussicht besteht, Ruhe in den Industriegebieten zu bekommen, wenn nicht die Organisation der Bergarbeiterschaft selbst den Arbeitern Auskunft geben könnte über die wirkliche Lage in der Industrie. Eine Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates des Industriebezirks unter Zuziehung der Gewerkschaftsvorstände wird sich am kommenden Montag mit der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschäftigen.

Eine Volkskirche in Hamburg.

Eine Versammlung von Bürgern, Geistlichen und Laien beschloß in Hamburg die Errichtung einer Volkskirche auf breiter Grundlage und unabhängig von Staat und Dogma, jedoch auf dem Evangelium ruhend. Auch verschiedene Geistliche sprachen warm für solche Bestrebungen nach Errichtung einer freien Volkskirche obwohl aus der Versammlung heraus an der bestehenden Kirche und ihren Vertretern scharfe Kritik geübt worden war. Schließlich wurde eine freie Volkskirchenvertretung gewählt.

Aus nah und fern.

Stettin, den 13. Januar 1919

— Vom Jahre 1919. Die hohen Festtage in diesem Jahre fallen reichlich spät. O stern fällt auf den 20. April, Christi Simmelfahrt auf den 29. Mai, Pfingsten wird am 8. Juni und Fronleichnam am 19. Juni gefeiert.

Der Verkehr in den besetzten Gebieten.

Die Wiesbadener Handelskammer teilt uns mit: Die Handelskammer ist fortgesetzt bemüht, durch mündliche und schriftliche Vorstellungen bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, damit Industrie und Handel wieder in Gang kommen und die wirtschaftliche Notlage nicht noch größer wird. Zu diesem Zweck hat sich die Handelskammer auch mit den Handelskammern Mainz, Worms und Bingen, dem Mittelrheinischen Fabrikantenverein und der Fabrikantenvereinigung Viebrich zu einem Wirtschaftsrat Mainz für das besetzte Gebiet zur gemeinsamen Behandlung aller einschlägigen Fragen zusammengeschlossen. Die inzwischen von der französischen Besatzungsbehörde auf dem Gebiet des Eisenbahn- und Postverkehrs und der Ausstellung von Reisepässen zugelassenen Erleichterungen sind, so weit sie nicht in den Tageszeitungen veröffentlicht waren, von der Handelskammer Interessenten direkt bekanntgegeben. Im Interesse einer nachhaltigen Vertretung von Industrie und Handel des Bezirkes wird den bezirkseingetragenen Firmen aufgegeben, sich in allen Angelegenheiten, sowohl zur Befürwortung von Einzelgesuchen wie auch zur Darlegung von Wünschen, deren Weiterverfolgung im allgemeinen Interesse gelegen ist, an die Handelskammer zu wenden und dieser die geeigneten Unterlagen für ein geschlossenes Vorgehen zu geben. Zur mündlichen Rücksprache wollen sich die Interessenten möglichst während der Sprechstunden des Syndikus von 9—11 Uhr (neue Zeit) in die Geschäftsstelle Altheidstraße 23 bemühen.

Wiesbaden, 10. Jan. Bei dem Fuhrunternehmer Stroh in Viebrich war der Fuhrmann L. in Diensten. Er bekam eines Tages den Auftrag, in Vierstadt Waren abzuholen. Er nahm Wagen und das Pferd mit. In Vierstadt angelangt, spannte L. das Pferd, das einen Wert von 3000 M. hatte, aus und verlärmelte es. Den Wagen ließ er herrenlos stehen. Das Schöffengericht nahm den Ungetreuen in eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Wiesbaden, 11. Jan. Festgenommen wurde die ledige Johanna Scholz aus Heimbach, die in letzter Zeit verschiedene Garmietdiebstähle begangen hat, worüber wir in einem Falle kürzlich berichteten.

Wiesbaden, 11. Jan. Bei einer ganzen Anzahl der bei den Plünderungen im hiesigen Schloß beteiligten Personen haben Hausdurchsuchungen stattgefunden, wobei ein großer Teil des Plünderguts wieder zur Stelle geschafft werden konnte.

Wiesbaden, 13. Jan. Am Sonntag verstarb der in weiten Kreisen bekannte Zeichenlehrer a. D. Ad. Gut. Er entstammte einer alt-nassauischen Lehrersfamilie und war, nachdem er an der Kunstakademie in Düsseldorf das Zeichenlehrerexamen für höhere Schulen abgelegt hatte, von 1874 an Zeichenlehrer an der damaligen höheren Bürgerschule in Wiesbaden, deren Entwicklung bis zum jetzigen Reform-Realgymnasium er mitmachte. Der Verstorbene war 22 Jahre 1. Vorsitzender des Vereins deutscher Zeichenlehrer und bis jetzt Vorsitzender des „Vereins zur Förderung des Zeichenunterrichts im Regierungsbezirk Wiesbaden“ und hat sich ferner durch die Herausgabe verschiedener Werke für den Zeichen- und Gesangsunterricht (der Verstorbene wirkte auch lange Jahre als Gesangslehrer am besagten Institut) weit über die Grenzen Nassaus einen Namen gemacht.

Höchst a. M., 9. Jan. Der französische Kommandeur bestrafte den reichbegüterten Landwirt Christian im Borort Feilsheim, weil er aus einem französischen Lager Hafer gestohlen hatte, auf fol-

gende originelle Weise: Zunächst mußte Christian zwei Stunden lang vor seinem Hektor in Heubstücken mit einem Schild auf der Brust stehen, auf dem man in deutscher und französischer Sprache also las: „Ich bin ein Dieb!“ Nachher wurde an das Schild ein Schild mit der Aufschrift gehängt: „Hier ist ein Dieb!“ Das Schild prangt für mehrere Tage dort.

Albstadt, 12. Jan. Die bereits berichtete Trennung des hiesigen Bürgermeisters Jacobs Landrat des aus den Gemeinden in dem Gebiet des Oberamtskreises und des Kreises Albstadt neu gebildeten Verwaltungsbezirk Albstadt ist nunmehr durch den General-Kommandant der 10. französischen Armee bestätigt worden. Die einzelnen Geschäftsräume des Administrationsgebäudes, die sich in dem sogenannten Kavalierhaus des hiesigen Schlosses in der Schulstraße befinden, wurden in dieser Woche verollständigt, insbesondere auch solche für den Kreis-Ausschuß, die Steuerveranlagungs-Kommission und die Lebensmittelverteilungsstelle eingerichtet. Die Verteilung der Lebensmittel für die dem neuen Kreise angehörenden 28 Gemeinden wird nun von hier aus geleitet.

Mainz, 8. Jan. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern in der Schöfferstraße. Der 8-jährige Schüler Fritz Loh geriet zwischen den Motor- und den Anhängerwagen der elektrischen Straßenbahn, wobei ihm beide Beine und die Finger der rechten Hand abgefahren wurden. Der Verunglückte dürfte kaum mit dem Leben davon kommen. — Festgenommen wurde ein junger Mann von hier, der in einem Gasthof einem Gaste die Brieftasche mit 1200 M gestohlen haben soll. Der Verhaftete bestreitet die Tat. In seinem Besitz wurden 1600 M gefunden, die er redlich erworben haben will.

Oberlabenstein, 8. Jan. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute am Lagerplatz des Hafens. Mehrere Arbeiter waren mit Verladen von Eisenstein beschäftigt. Die Masse war zum großen Teil gefroren. Während die Arbeiter vom Fuße des hohen Eisensteinhaufens einschaukelten, gab der obere Teil nach und verschüttete vier Arbeiter. Die Arbeiter J. Schmid und H. W. E. L., die kürzlich aus dem Felde zurückkehrten, konnten nur noch als Leichen hervorgezogen werden; die anderen beiden Arbeiter sind schwer verletzt.

Büdesheim bei Bingen, 12. Jan. In der letzten Nacht ist das Gasthaus „Alteutsche Wein-Küche“ hier zum großen Teil abgebrannt.

Saarbrücken, 9. Jan. Ein furchtbares Familiendrama ereignete sich in einem hiesigen Hotel. Um 9 Uhr hörte man aus einem Zimmer schnell hintereinander mehrere Schüsse. Den die Tür aufbrechenden Gasthofsangestellten bot sich ein schrecklicher Anblick. Ein Mann und eine Frau, die sich als Peter Sommer und Frau aus Köln in das Fremdenbuch eingetragen hatten, lagen blutüberströmt in den Betten. Der Mann hatte die Frau anscheinend im Schlaf erschossen und sich dann selbst zwei Schüsse beiderseits in die Schläfe beigebracht. Die Frau war sofort tot, der Mann ist später auch gestorben. Es handelt sich nach genauen Feststellungen um ein Ehepaar aus Trier. Die Eheleute lebten seit längerer Zeit in Unfrieden.

St. Ingbert, 7. Jan. Ein rechtliches Mißgeschick, das aber auch eine heitere Seite hat, passierte dieser Tage dem Kaufmann B. von hier. Einige Meter von seinem Hause weg erwischte ihn kurz nach 9 Uhr abends eine französische Patrouille und verbrachte ihn trotz aller Einwendungen nach dem Verwahrungslokal. Die Frau des Kaufmanns wollte kurz darauf ihren Mann von der Straße hereinholen, ihr passierte aber daselbe Geschick, in der Damenabteilung des „Prisons“ mußte sie übernachten. Erst am andern Morgen bei der üblichen Vorstellung erfuhr sie, wo er, und er, wo sie am Abend so schnell hingekommen war, worauf beide die übliche Geldbuße zahlten.

Butter.

Abgabe **Donnerstag** von 1½ — 4 Uhr in sämtlichen Fleischverkaufsstellen. Petusarte Nr. 115 = 1/2 Pf. = 57½ Pf.

Eier

können schon jetzt jeden **Donnerstag** 10—11 Uhr im städt. Lebensmittelamt abgeliefert werden. Anrechnung auf die diesjährige Pflanzlieferung erfolgt. **Idstein, den 15. Januar 1919.**

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Pferdeversteigerung.

Freitag und Samstag dieser Woche finden in Erbenheim Pferdeversteigerungen statt und zwar an beiden Tagen jeweils vorm. 10 Uhr beginnend. Amtliche Bescheinigungen für die Zulassung zu diesen Versteigerungen sind im Rathaus erhältlich.

Bekanntmachung.

Die Viehstandsverzeichnisse der hiesigen Stadt liegen in der Zeit vom 18. bis einschl. 31. Jan. 1919 zur Einsicht im Rathaus offen.

Idstein, den 15. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Nationalversammlung!

Trennung von Kirche und Schule!

Trennung von Kirche und Staat!

Unser deutsches Volk steht vor den folgenschwersten Entscheidungsstunden seiner Geschichte. Nach den tiefgehenden Erschütterungen der letzten Wochen soll die Nationalversammlung ihm eine neue Verfassung geben, ihm ein Haus zu bauen, in dem es sicher wohnen kann, jetzt und in Zukunft. Da gilt es für alle Wahlberechtigten, und das sind diesmal auch alle Frauen und Mädchen über 20 Jahren, die Wahltrügheit früherer Jahre abzutun, alle vielleicht noch so berechtigten Bedenken schwinden zu lassen und unbedingt ihr Wahlrecht auszuüben.

Wahlrecht wird Wahlpflicht, darum auf zur Wahl!

Auch für die Kirche wird die Nationalversammlung von größter Bedeutung werden!

Die Trennung von Kirche und Schule ist in Hamburg und im Königreich Sachsen durch eine vorläufige Regierung schon vollzogen. Kann und darf es unser evangelisches Volk mit zusehen, daß eine Frage von so tief einschneidender Bedeutung für das Leben der Familie wie auch des Staates kurzerhand über die Köpfe des Volkes hinweg entschieden wird? Ihr evangelischen Eltern wißt aus Erfahrung, wie unter den Kriegsnöten die Erziehung der Jugend gelitten hat und wie viel da über Verwilderung und Verrohung geklagt werden muß. Ihr wißt, was eine gute, christliche Erziehung für Euch und Eure Kinder bedeutet, wie nur durch sie die Kinder zu Achtung und Ehrerbietung gegen Vater und Mutter, zu willigem Gehorsam gegen die bestehenden Ordnungen in Haus und Familie, zu Fleiß und Treue für ihren Beruf herangebildet werden.

Ihr evangelischen Eltern, die ihr in religiös-sittlicher Festigung Eurer Kinder Bestes sucht, Ihr wißt gewiß nicht, daß ein kleiner Kreis kirchen- und christentumsfeindlicher Leute Euch und Euren Kindern das nimmt, was dem ganzen Familienleben erst seinen rechten Gehalt gibt. Zugegeben, daß eine gewisse Reform des Verhältnisses von Kirche und Schule am Platze erscheint, so darf diese Reform doch nur ohne Ueberstürzung und nur so durchgeführt werden, daß die für unsere Jugend unentbehrlichen, sittlichen und religiösen Kräfte in einer geordneten religiösen Unterweisung erhalten bleiben und vermittelt werden.

Ihr evangelischen Eltern, gebt darum bei der kommenden Wahl keinem Eure Stimme, der sich nicht klar und unzweideutig dazu verpflichtet, für die Beibehaltung, bezw. Ermöglichung eines geordneten Religionsunterrichtes in der Schule und für die Teilnahme aller evangelischen Schüler an diesem Unterricht einzutreten.

Zu dem Programm der vorläufigen Regierung gehört ferner die ebenso wichtige Frage der Trennung von Kirche und Staat. Kirche und Staat waren bisher eng miteinander verbunden. Der Staat unterstützte die Kirche mit seinen reichen Mitteln, die Kirche half dem Staate bei der Erziehung des Volkes. So war es seit den Tagen der Reformation; Luther hat es als eine Hauptaufgabe der Kirche angesehen, ihre Glieder zu tüchtigen, brauchbaren Bürgern des Staates heranzubilden und durch ihre Erziehung zur Wahrheit und Gerechtigkeit, zu Zucht und Treue, zu Liebe und Brüderlichkeit die Grundlage zu schaffen zu gedeihlicher Gemeinschaft in Familie, Gemeinde und Staat. Es sei zugegeben, daß auch eine Reform des Verhältnisses von Staat und Kirche am Platze erscheint, daß das Aufsichtsrecht des Staates vielleicht zu weit ging, die Abhängigkeit der Kirche zu groß war. Jedenfalls hat die Kirche sich nicht damit begnügt, ihrer Aufgabe getreu in dem Evangelium den Menschen für dieses Leben inneren Halt und rechte Kraft zu geben, ihnen den Weg zum ewigen Leben zu weisen, sie ist vielmehr den Bedrückten und Traurigen eine treue Helferin und Pflegerin in allerlei Not und

Leid gewesen. Für Arme, Kranke, Arbeitslose, fühllos Gefährdete, körperlich Leidende, Krüppel, Taubstumme, Blinde, Taubstumme, kurz: für alle, die in die evangelische Kirche Deutschlands jährlich mehr als 100 Millionen auf. Das ist der 4 bis 5fache Betrag der Zuwendung, die die Kirche vom Staat empfängt und die zu einem großen Teil nur eine billige Entschädigung darstellt für einst der Kirche vom Staat genommenes Kirchengut.

Sollte es wirklich zu der beabsichtigten Trennung von Staat und Kirche kommen, wir sind überzeugt, daß auch dann die Kirche zum Besten unseres Volkes weiterarbeiten würde und könnte, wenn die Trennung ohne Ueberstürzung und in rücksichtsvoller Weise erfolgen würde, wenn der Kirche nach wie vor die Mittel dargebracht würden, die ihren Bestand sicherten und es ihr ermöglichten, ihre Arbeit in dem bisherigen Umfang weiter fortzuführen.

Darum gebt keinem bei der kommenden Wahl Eure Stimme, der sich nicht klar und unzweideutig verpflichtet, nur für eine solche Trennung von Staat und Kirche einzutreten, die den Fortbestand Eurer Kirche nicht aufs Schwerste schädigt. Denkt an die Opfer, die Eure Väter einst für ihren evangelischen Glauben und für ihre Kirche gebracht haben. Gut und Blut haben sie für ihren Glauben gelassen, Heimat und Vaterland haben sie um ihres Glaubens willen dahin gegeben. Wollt Ihr Euch Eurer Väter unwert erweisen und es ruhig zusehen, wie man Euch mit Eurer Kirche Euren Glauben nehmen will?

Unsre Kirche als solche hat sich seither von politischer Wahlarbeit ferngehalten. Diesmal aber steht zu viel auf dem Spiel; so muß auch sie auf den Plan treten; darum Ihr Männer und Frauen: Auf zur Wahl!

In einem Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Gründung eines „Volksbundes kirchentreu erang. Christen“ heißt es: „Wir evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die wir der sozialdemokratischen Partei angehören, in der wir die beste Vertreterin unserer wirtschaftlichen Interessen sehen, wollen nicht, daß unsere evangelische Kirche durch die Neuordnung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse geschwächt und in ihrer heilsamen Arbeit an der Seele unseres Volkes gehindert werde! Wenn es jetzt zu einer Trennung von Staat und Kirche kommt, so fordern wir von unserer Parteileitung und unsern Abgeordneten, daß auf die Lebensbedingungen der Kirche Rücksicht genommen wird. Unsre Kirche und unsern Glauben lassen wir uns nicht nehmen. Wir wollen auch nicht, daß unsre Geistlichen durch plötzliche Entziehung der staatlichen Zuschüsse der Not und dem Elend ausgesetzt werden. Ferner wollen wir, daß unsern Kindern in der Schule die christliche Erziehung erhalten bleibt. Wenn in Gemeinden, die durchweg von kirchentreuen Männern und Frauen bewohnt werden, die religionslose Schule eingeführt wird, so ist dies keine Freiheit, sondern unerhörter Zwang.“

Wir haben unsererseits diesem Aufruf nichts hinzuzufügen. Wenn die Trennung in dem Geiste, der aus diesem Aufruf spricht, erfolgt, dann könnte sie für Kirche und Staat zu einem Segen werden.

Darum noch einmal, Ihr evangelischen Männer und Frauen: Gebt nur solchen Kandidaten für die Nationalversammlung Eure Stimme, die für folgende Forderungen eintreten:

1. Erhaltung der religiös-sittlichen Grundlagen des Volkslebens in Ehe und Familie.
2. Gewährleistung der christlichen Jugend-erziehung.
3. Sicherung des Bestandes unserer evangelischen Kirche bei einer Trennung von Staat und Kirche.

Auf zur Wahl am 19. Januar.

Bezirkssynode des konsistorialbezirks Wiesbaden.

Reise-Ausweise.

Bei der Beantragung von Reisepässen ist folgendes zu beachten:

1. Wer einen Ausweis verlangt, hat persönlich im Rathaus zu erscheinen, Vertretung durch eine dritte Person ist unzulässig und hat jeder seine Legitimationskarte mitzubringen.
2. Die Ausweise müssen ausgefüllt in den vorgeschriebenen Stunden (vormittags) im Rathaus beantragt und am anderen Morgen um dieselbe Stunde daselbst wieder abgeholt werden; das Ueberbringen derselben von hier zur Kommandantur zwecks Einholung der Unterschrift ist nicht gestattet, sondern sämtliche Ausweise werden zusammen von hier zur Unterschrift dorthin verbracht.
3. Für die in den Ausweisen angegebenen Gründen der Reise haftet jeder Antragsteller und wird vor unrichtigen Angaben dringend gewarnt, ebenso vor mißbräuchlicher Benutzung, da hierauf schwere militärische Strafen ruhen.

Idstein, den 15. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Sozialdemokratische Mehrheitspartei Idstein.

In der Wirtschaft von Adolf Junior, Weierwiese, wird vom heutigen Tage bis zum Termin der Nationalversammlung für die Vereinsmitglieder ein

Wahlbüro

etabliert. Es ist geöffnet von 5—7 Uhr nachmittags. Hier liegt nicht nur die Mitgliederliste aus, sondern es wird auch in sämtlichen Wahlfragen jeder wünschenswerte Aufschluß gegeben. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Buchen- und Kiefern-Brennholz

in Raummeter und im Bentner, kurzgeschnitten, zu Tagespreisen abzugeben.

Heinr. Kappus Jr.

Verordnung.

1. Sämtliche Personen, welche sich Material irgend welcher Art angeeignet haben, das früher Eigentum der deutschen Militärbehörde war, sind verpflichtet, dasselbe sofort der französischen Militärbehörde zwecks Rückgabe anzumelden. Jeder Besitzer, welcher diese Meldung **spätestens bis zum 25. Januar** nicht erstattet, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.

2. Da jede Eigentumsübertragung bzw. Übergabe durch die Arbeiter- und Soldatenräte ungeschädigt ist, sind alle Personen, welche auf diese Weise Material erworben haben, meist zu Preisen, welche dem wirklichen Wert nicht entsprechen, verpflichtet, unter denselben Bedingungen eine entsprechende Meldung zu erstatten. Jeder Zuwiderhandelnde wird den Personen gleichgestellt, welche Material entwendet haben.

3. Die Anmeldungen haben bei der Plakommandantur Mainz, bei den Ortskommandanturen der Gemeinden, in denen französische Truppen untergebracht sind, bei den französischen Etappenkommandanturen oder bei den Militärverwaltern zu erfolgen.

Hauptquartier, den 9. Januar 1919.

Der Oberbefehlshaber der 10. Armee:
Mangin.

Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Die Wahl der Abgeordneten erfolgt geheim nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahl erfolgt auf die von den Parteien beim Wahlkommissar eingereichten Wahlvorschläge, die noch im Kreisblatt veröffentlicht werden und die nummeriert sind, in der Weise, daß der Stimmzettel je nach der Entschliebung des Wählenden beispielsweise „Wahlvorschlag 1 oder 2 usw.“ lauten muß. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9:12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben.

Jeder Stimmzettel darf nur einen Wahlvorschlag enthalten, andernfalls ist er ungültig; ebenso können nur die **amtlich abgestempelten Umschläge** zur Verwendung kommen. Andere Umschläge oder Umschläge mit einem Kennzeichen machen den darin enthaltenen Stimmzettel ungültig. Abgegebene Stimmzettel, die größer als 9:12 cm sind, sind nicht ungültig.

Jeder Wähler, der wählen will, muß sein Stimmrecht persönlich ausüben. Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Bedingung für die Gültigkeit des Stimmzettels ist auch, daß der Stimmzettel von dem Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch in den Umschlag gesteckt wird. Wähler, die das nicht tun, sind von der Wahl zurückzuweisen.

Langenschwalbach, den 8. Januar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Während des Krieges von der Landwirtschaftskammer bezogenen Pferde.

Für die während des Krieges von der Landwirtschaftskammer bezogenen Pferde und Fohlen bestand bekanntlich die Vorschrift, daß die Käufer die Tiere bis nach Beendigung des Krieges in ihren Betrieben zu verwenden hatten und einen etwa früher notwendigen Verkauf nicht ohne Genehmigung der Kammer vornehmen durften. Diese Bestimmungen sollen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die betr. Pferde gehen nunmehr ohne Verfügungsbeschränkung in das Eigentum der Käufer über.

Langenschwalbach, den 10. Januar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Bei dieser am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahl soll unsere Stadt einen Stimmbezirk umfassen.

Als **Wahlvorsteher** ist ernannt der Beigeordnete und Stadthalter **Greuling** und als dessen Stellvertreter der Magistratschöffe und Stadthalter **Barthel**.

Als **Wahlraum** ist nicht die Turnhalle an der Limburgerstraße sondern das hintere Zimmer im 1. Stock des neuen **Bangewerkschulgebäudes** (oberhalb der Schuldienerwohng.) bestimmt. Die Wahlhandlung beginnt am genannten Tage **Vormittags 9 Uhr** und wird um **8 Uhr nachmittags** geschlossen.

Dies wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Idstein, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat:
Leichfuß, Bürgermeister.

Deutsche demokratische Partei.

Die große demokratische Partei ist gebildet. Pflicht aller freiheitlich gesinnten **Männer und Frauen** ist es, sich ihr als Mitglied anzuschließen.

Wir wollen

die freie demokratische Republik mit gleichem Recht für alle, ohne Unterschied des Standes und des Geschlechtes, des Berufs und des religiösen Bekenntnisses.

Wir wollen weitgehendste Fürsorge für unsere Kriegsschädigten und für unsere heimkehrenden Krieger. Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Hebung der Arbeiter und Angestellten sowie deren volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Wir wollen Schutz des Mittelstandes. Wir wollen Schutz von Handel und Gewerbe. Wir wollen Freiheit und wirtschaftliche Hebung der Beamten und Lehrer. Wir wollen Freiheit für Wort und Schrift. Wir wollen Freiheit der Schule. Wir wollen Förderung von Kunst und Wissenschaft. Wir verlangen Schutz des wirtschaftlich Schwachen gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung. Den Auswüchsen des Kapitalismus und des Großunternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft

treten wir entgegen

und stimmen zu der Vergesellschaftung monopolistisch entwickelter Wirtschaftsgebiete. Die uningeschränkte Vergesellschaftung aller Betriebe

lehnen wir ab.

Die Ausschaltung des freien Wettbewerbs

lehnen wir ab.

Denn wir brauchen, soll unser Vaterland wieder zur Blüte kommen, den Fleiß des Arbeiters und die Berufstreue des Angestellten, die Tüchtigkeit des Handwerkers wie den Wagemut des Kaufmanns, die Mähe des Landwirts wie die Tatkraft des Unternehmers und Fabrikanten.

Wer muß

der Deutschen demokratischen Partei beitreten?

Alle demokratisch gesinnten Männer und Frauen.

Insbesondere

1. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen.
2. Der nassauische Bauernstand, zur Wahrung seiner vollen Rechte, der Erhaltung seines Besitzes, der Neuschaffung von Bauernland. Wir fordern für den Bauernstand: eine freie Gemeindeordnung und demokratisches Gemeindevahlrecht, Selbstwahl des Landrates, Neubildung der Landwirtschaftskammern und Interessenvertretung bei der Regierung.
3. Jeder Handwerker und Kaufmann, der seine Selbstständigkeit bewahren will.
4. Beamte und Angestellte zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit als Staatsbürger, ausreichende Entlohnung und vollwertiger sozialer Fürsorge in jeder Hinsicht.
5. Die zurückgekehrten Krieger, damit bald

Ruhe und Ordnung

im Deutschen Reiche einkehre.

Die Deutsche demokratische Partei Idstein.

Die Deutsche demokratische Partei

gibt in der Frage der Trennung von Staat und Kirche und des Religionsunterrichtes in der Volksschule folgendes bekannt:

Wir erklären es für durchaus unzeitgemäß, ja unmittelbar staatsgefährlich, wenn der junge deutsche Volksstaat, der sich eine Verfassung geben, die öffentliche Ordnung sicherstellen, Frieden schließen und Brot schaffen soll, um einer Minderheit von Heißspornen willen in allerhöchster Zeit auch noch mit der schwierigen Frage der Trennung von Staat und Kirche belastet wird.

Wir sind mit aller Entschiedenheit dagegen, daß eine so tief ins Volksleben einschneidende Frage durch bloßen Regierungserlaß über die Köpfe der Beteiligten hinweg diktatorisch angeordnet wird. Auch die verfassunggebende Nationalversammlung soll nur soweit darüber zu entscheiden haben, als die Festlegung der Staatsverfassung dies erfordert.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeit der Kirche, die sich in der religiösen Pflege des Gemüts und in der Erziehung zur sittlichen Charakterbildung betätigt, auch künftig für Staat und Gesellschaft unentbehrlich ist. Wir werden keine gesetzliche Maßregel guthießen, durch welche diese Arbeit geschädigt oder gar unmöglich gemacht wird. Aus demselben Grunde sind wir Gegner der religionslosen Schule und jedes Versuchs, den Religionsunterricht durch einen farblosen Moralunterricht zu ersetzen.

Andererseits wollen wir, daß zu gegebener Zeit das Verhältnis von Staat und Kirche neu geordnet wird im Sinne einer zeitgemäßen Reform, nicht der völligen Trennung. Diese Neuordnung soll sich alsdann nicht kirchenfeindlich, sondern unter voller Wahrung der Würde der Kirche friedlich vollziehen und mindestens der Kirche eine mehrjährige Frist lassen zur Umgestaltung ihrer wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen.

Alsdann sind entsprechend dem Grundsatz der Religionsfreiheit und der Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetz, alle Religionsgemeinschaften rechtlich gleichzustellen und kirchliche Sonderrechte abzuschaffen.

Jede gegenteilige Behauptung über die Stellung der Deutschen demokratischen Partei zu dieser Frage erklären wir als wesentlich unwahr.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.

Junges Mädchen

sucht Monatsstelle. Kobergasse No. 1.

Ordentliches

Monatsmädchen

gesucht. Näh. im Verlag.

Junges Mädchen

vom Lande (Bäuerin) sucht Stelle. Näh. bei Wilhelm Kern, Niederauroff.

Wer noch Forderungen an die verstorbene **Wilhelmine Neumann Wwe.**, Niederauroff, hat, wolle sich bis zum 25. Januar melden bei **Wilhelm Kern, Niederauroff.**



Jagdhund,

3/4 Jahr alt, lebhaft und wachsam zu verkaufen bei **Bürgermeister Müller, Niederauroff.**

Tüchtigen Knecht gesucht,

der in allen landwirtschaftlichen Arbeiten erfahren ist. Frau Emil Scherf Wwe. Oberrod.

Einen tüchtigen

Fuhrknecht,

der mit Stammholzfahren gut vertraut ist, gegen guten Lohn gesucht.

Wilhelm Fischer,

Zimmergeschäft und Holzschneiderei Niedernhanfen.



Wohnhaus,

von Selbstkäufer gesucht. Angebote u. Nr. 100 an den Verl. der Post. Btg.



8 Hasen

zu verkaufen bei **Heinr. Böcker, Wörsdorf.**